

Partei für Männer ergreifen**Zukunft und Gerechtigkeit für Alle schaffen****Wien braucht Veränderung – jetzt!**

Wien ist ein Angelpunkt der Weltgeschichte. Schon seit Jahrhunderten wurde in dieser weltbedeutenden Stadt Zukunft für Völker und Generationen geschaffen.

Wenn sogar in Wien Stillstand oder Rückschritt Einkehr hält, ist dies ein schlechtes Zeichen. Doch leider ist es durch die jetzige Regierungspolitik auch in Wien um Fairness, Gerechtigkeit und ein zukunftsfähiges Miteinander immer schlechter bestellt:

Wiener Familien zerbrechen! Kinder leiden, Väter und Verwandte leiden rechtlos mit:

Partnerbeziehungen mögen zerbrechen, darüber kommen Männer wie Frauen hinweg. Doch Eltern-Kind-Beziehungen sollen daran nicht zerbrechen, denn Väter und Mütter bleiben immer die einzigen Eltern für ihre Kinder. Zerbrechen ihre Beziehungen zu den Kindern, so zerbrechen auch die Menschen darunter. Die Stadt Wien hat viele Möglichkeiten entgegenzusteuern. Doch sie handelt nicht. Statt Väter, Kinder, die vielen fairen Mütter und mitleidenden Verwandten zu unterstützen, mauert Wiens Regierung, um Egoismen, Streitsucht und seelische Gewalt, von der Kontaktverweigerung bis zur Vaterentfremdung, zu unterstützen.

„Gleichberechtigung“ wird in Wien immer unglaubwürdiger!

Gleichberechtigung ist eines der höchsten Güter. Die Männerpartei ist überzeugt: Den Männern Wiens steht dasselbe Recht auf Gleichbehandlung zu. Doch ihre Leistungen bei Wehr- und Zivildienstpflicht werden ihnen genauso wenig anerkannt wie ihr Einsatz für die Familie. Meist ohne Anrechnungszeiten steht ihnen kein gleichwertiges Pensionsantrittsalter zu wie Frauen. Doch die Politik schiebt die Ungerechtigkeiten weg und verstärkt sie sogar bewusst: Männliche Kandidaten haben im öffentlichen und immer mehr im öffentlichkeitsnahen Dienst praktisch kaum eine Chance mehr auf Einstellung oder Beförderung, wenn sich nur eine einzige Frau mitbewirbt. In der Privatwirtschaft steht die Frauenquote vor der Tür. Bald haben Männer bei keiner Stellenbewerbung mehr eine faire Chance, weil sie durch die Frauenquote benachteiligt werden. Chancengleichheit sieht anders aus.

An Wiener Universitäten fühlen sich immer mehr Männer ungerecht behandelt.

Ob bei Aufnahmeprüfungen, im Vorankommen beim Studium oder in der wissenschaftlichen Laufbahn: Immer mehr Männer fühlen sich stiefmütterlich behandelt, wenn ihnen von oben ausgerichtet wird: Lieber soll der Quote zuliebe eine Frau den Studienplatz, das Praktikum oder die Stelle erhalten. Wieder wird von Chancengleichheit gesprochen und das Gegenteil praktiziert.

Das weltoffene Wien wird von ideologieverbohrten Politikern regiert.

Einer Stadtregierung, die sogar schon so weit geht, mit dem „Scheidungsbus“ im Gänsehäufel zu werben, arbeitende Männer mit Slogans wie „die Mama putzt, der Papa schläft“ als Faulpelze hinstellt, Pauschal- und Falschbeschuldigungen an Männern unterstützt und die Benachteiligung von Männern durch Quoten völlig weltfremd und rücksichtslos als „Chancengleichheit“ bezeichnet, fehlt es an Offenheit und Aufgeschlossenheit für die Sicht aller Menschen, denn Weltoffenheit bedeutet eben nicht die systematische Diskriminierung eines Geschlechts sondern klare Solidarität und Verständnis für uns alle.

Wiener Buben fehlt es an Bildungsgerechtigkeit.

Die Wiener Regierung ignoriert, dass immer mehr Buben zu Bildungsverlierern werden. Die steigende Zahl an Schulabbrechern und schlechter werdenden Noten jedoch sind ein Alarmsignal: Wiens junger, männlicher Generation wird die Zukunft verbaut! In einer Stadt, die schon unter Maria Theresia weltweite Maßstäbe in der Volksbildung gesetzt hat, sorgt diese Regierung für dramatische Rückschritte, weil sie auf die Lebensrealitäten der Buben nicht eingeht.

Der Wiener Landespolitik fehlen die Perspektiven

Die Gegenwart stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir brauchen eine bessere Balance zwischen Beruf und Familie, eigenständige Zukunfts- und Pensionsversicherung für alle Männer und Frauen in Wien, zugängliche Chancen auf gute, lebenslange Aus- und Weiterbildung und die Sicherheit, in einem gerechten und solidarischen Wien leben zu können. Die bisherigen Stadtpolitiker aller Parteien haben es an Ideen fehlen lassen.

Eine neue Zukunft: Das Wahlprogramm der Männerpartei für Wien

Familie

Familienbegriff

In Politik und Gesellschaft herrscht eine zunehmende ratlose Diskussion: Was soll heutzutage als Familie gelten? Soll nur die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kind diesen Namen verdienen, oder soll gelten, was so manche Politikerin weitgefasst meint, dass „Familie sei, wo Menschen sich wohlfühlen“?

Wir von der Männerpartei meinen: Die Diskussion um den Familienbegriff verfehlt den Kern des Wesentlichen. Uns geht es um die Beziehungen der Menschen zueinander. Unter dem Begriff „Familie“ jedoch werden völlig unterschiedliche Beziehungsformen ohne Rücksicht auf ihre Eigenschaften und Bindungsstärken vereinheitlicht:

- Die Eltern-Kind-Beziehung ist eine lebenslange, durch niemand Anderen sonst ersetzbare Beziehung.
- Die Partnerbeziehung, ob zwischen den Eltern oder zwischen neuen Partnern, unterliegt immer öfter den Wandlungen des Lebens.

Politiker, welche andauernd die Beziehung der Eltern zueinander als Partner oder ehemalige Partner und der Beziehung zu ihren Kindern vermischen, begehen einen schweren Fehler. Aus dieser Verwechslung heraus erklärt sich schließlich die Verständnislosigkeit der eingessenen Politiker für die modernen Herausforderungen der Familienpolitik. Aus diesem Grund schaffen sie völlig verfehlte rechtliche Rahmenbedingungen. Durch diese Verwechslung erst können Politiker auf die Idee kommen, einen Vater durch einen anderen Mann ersetzen zu wollen, nur weil dieser sich gerade in Partnerschaft mit der Mutter befindet, denn sie verstehen die Andersartigkeit und Unersetzlichkeit jeder Eltern-Kind-Beziehung nicht.

Die Männerpartei fordert: Die Stadt Wien soll sich dazu bekennen, dass Eltern-Kind-Beziehungen unersetzlich sind und dass sie vorbehaltlos zu fördern, zu unterstützen und zu gewährleisten sind. Nur unter dieser Voraussetzung sind Alternativen, weg vom traditionellen Elternpaar, eine für alle annehmbare Realität: Dass wechselnde Partnerschaften den höherstehenden Wert der Eltern-Kind-Beziehungen akzeptieren. Dann hat sich der Streit erledigt, welche Formen der Familie wir nun fördern sollen, denn dann ist klargestellt: Es sind die unersetzlichen Eltern-Kind-Beziehungen, welche wir fördern sollen, egal in welchen Partnerschaftsformen sich die Eltern befinden mögen.

Faire Frauen und Männer belohnen

Ob gemeinsam oder getrennt: Die Verantwortung für die Kinder und die Verantwortung für die eigene Existenzabsicherung sollen beide tragen. Die meisten Menschen in Wien entsprechen diesem Ideal. Lassen wir diese großartigen Menschen nicht links liegen. Sie verdienen die Zuwendung der Politik, nicht die Streitsüchtigen, nicht die Egoisten, nicht die Verantwortungslosen, nicht die Unterhaltsunersättlichen, nicht die Kontaktverweigerer und Vaterentfremder!

Die Männerpartei fordert:

Beratung und Förderung für die fairen Männer und Frauen. Heutzutage wird eine Frau besonders eifrig beraten und unterstützt, wenn sie „es ihm dreckig geben will.“ Die Mehrzahl der Frauen und Männer will das nicht, doch genau diese fallen durch den Rost. Die Männerpartei fordert die Kehrtwende: Menschen, die sich egoistisch verhalten, sollen zukünftig weniger Hilfe bekommen als die Partnerschaftlichen.

Gleiches Engagement für beide Eltern fördern

Wer rechtlos ist, wird sich nicht engagieren. Die Wiener Landespolitik kann beide Eltern stärken, damit sie sich gerne mit Rechten und Pflichten in der Familie engagieren.

Die Männerpartei fordert daher:

Gleichwertige Elternschaft für alle: Vätern und Müttern, die sich engagieren wollen, ist dieses Recht zu geben. Auch die Zwangsversorgerrolle, die viele Eltern in Wien, nicht nur Trennungseltern, in das Eck der familiären Beziehungen stellt, ist durch gleichwertige Elternschaft zu ersetzen, wo auch immer dies möglich ist.

Kontaktrecht ist ein Menschenrecht

Wir fordern **durchsetzbares Kontaktrecht für Kinder und Eltern.** Die Ausrede der Landespolitik auf den Bund gilt nicht. Wien hat den gesetzlichen Auftrag zur Wahrung des Kindeswohls. Mit diesem Auftrag in der Hand hätte es alle Befugnisse, wenn es nur endlich will: Die Stadt Wien kann über die Jugendwohlfahrt eine Hotline und eine Ombudsstelle für Kontaktverweigerung einrichten, über welche die Jugendwohlfahrt als Maßnahme gegen Kindeswohlgefährdung selbständig eine Durchsetzung des Besuchsrechts bei den Gerichten beantragen und mit einer angeschlossenen Stellungnahme zugunsten des Kindeswohls jedes Gericht unter Zugzwang setzen kann, das sich weigern will, das Recht des Kindes auf beide Elternteile zu unterstützen.

Besuchscafés dürfen nicht mehr vom verweigernden Elternteil zur bloßen Erschwerung des Kontakts benutzt werden. Sie sind außerdem stärker zu fördern und mit dieser Förderung zeitlich auszuweiten und zu flexibilisieren.

Die Kosten für die Zeiten in Besuchscafés sind von denjenigen zu begleichen, welche dafür verantwortlich sind, dass der Eltern-Kind-Kontakt nur in dieser Begleitung stattfinden kann. Derzeit werden viele Väter in Besuchscafés gezwungen, nur weil die Mutter den Kontakt des Kindes zum Vater erschweren will. Mit den Kosten für diese Besuchsbegleitung werden dann sogar noch ausgerechnet diejenigen Väter belastet, welche das Besuchscafé weder wollen noch benötigen. Dieser Skandal ist abzustellen und sofortige Kostengerechtigkeit sicherzustellen.

Meine Eltern sind ein Teil meiner Identität: Vaterschaftsbetrug ist keine Bagatelle

Der Betrug um die biologische Elternschaft ist das weitverbreitetste „Kavaliersdelikt“, auch in Wien. Vaterschaftsbetrug ist schwere seelische Grausamkeit an Kindern, falschen und echten Vätern und allen Verwandten.

Die Stadt Wien soll handeln! Aufklärung, kostenlose Vaterschaftstests zur Abschreckung für Vaterschaftsbetrügerinnen und die Forderung der Stadt Wien an den Bund nach realistischen Strafen ohne zu frühe Verjährung sind die Mindestforderungen der Männerpartei.

Die Ehe im Wandel der Zeiten

Die Idee der Ehe ist vor Jahrhunderten geschaffen worden. Damals waren Mann und Frau noch in einer existentiellen Wirtschafts- und Arbeitsgemeinschaft miteinander verbunden. Ohne den vollen Einsatz des Mannes in zumeist harter Arbeit mit wesentlich mehr Arbeitsstunden als heute, doch auch ohne den unermüdlichen Einsatz der Frau für Haushalt und Kinder ohne moderne Geräte und ohne die heute zur Verfügung stehende Dienstleistungen hätten beide Partner und die Kinder nicht leben können.

Doch die Zeiten haben sich in der ehelichen Arbeitsteilung völlig geändert: Durch die enorme Effizienzsteigerung in der Haushaltsführung ist das reine Hausfrauenleben für Viele nicht mehr zeitgemäß. Männer sind ebenso wie Frauen in der Lage, nebenberuflich den Haushalt zu führen und tun dies zunehmend. Die völlige Aufgabe der Berufstätigkeit zur Kindererziehung ist nicht mehr nötig. Wer dies dennoch tut, entscheidet sich freiwillig dafür. Die Männerpartei mahnt jedoch: Wer seine Berufstätigkeit verringert oder aufgibt und damit einen Versorgungsanspruch an den Partner stellt, darf diesen Versorgungsanspruch nicht ausnutzen. Wer auf seine Eigenversorgung verzichtet, soll zukünftig dafür selbst einen fairen Teil der Verantwortung tragen.

Die Männerpartei stellt klar: Die Ehe soll eine Lebensgemeinschaft sein, sie darf keine Ausnutzungs- und Ausbeutungseinrichtung eines Partners darstellen. Hierbei sehen wir nicht nur die Männer Wiens, sondern natürlich ebenso die Mehrheit der Frauen, welche fair sind und den Versorgungsanspruch gegenüber dem Mann nicht ausnutzen würden, auf unserer Seite. Doch die etablierte Politik erkennt den Reformbedarf im Eherecht nicht. Aus diesem Grund ist die Rolle der Männerpartei wichtiger denn je.

Solange die Ehe nicht zeitgemäß reformiert worden ist, fällt uns die romantisierende Sicht auf die Ehe schwer. Für die Ausweitung der Ehe auf neue Partnerschaftsformen hat die Männerpartei Verständnis. Doch den aktuellen Zustand des Eherechts will die Männerpartei den Menschen nicht zumuten. Zuerst ist daher die Ehe hinsichtlich der rechtlichen Ansprüche grundlegend zu reformieren, bevor sie guten Gewissens ausgeweitet werden kann.

Familie und Kinder? Aber gerne!

Mit den Ideen der Männerpartei, mit fairem Familienrecht und der Förderung eines Miteinanders, werden Menschen wieder zunehmend gerne Familien gründen. Faire Familienpolitik bedeutet Lebensfreude für die Menschen und Nachhaltigkeit für unsere Stadt. Familienpolitik ist kein „Nebenthema“. Familienpolitik ist die Grundlage für die Zukunft unserer Stadt.

Gerechtigkeit statt Gender und Quoten

Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst und öffentlichkeitsnahen Betrieben

Menschen wollen sich gerne beruflich engagieren. Aus vielen kleinen beruflichen Erfolgen oder guter Erst- und ständiger Weiterbildung soll zu Recht ein beruflicher Aufstieg oder der Umstieg in ein neues, spannendes und forderndes Umfeld erwachsen.

Die Menschen in Wien haben ein Recht darauf, für ihre Leistungen Erfolge zu erzielen. Dieses Recht darf ihnen durch ungerechte Quoten nicht mehr genommen werden.

Nur als Wählerin oder Wähler der Männerpartei stellen Sie klar: Quote ist Menschenrechtsbruch sowie Biegung und Bruch der österreichischen Verfassung! Die Männerpartei fordert den Ersatz jeglicher Frauenquoten durch echte Chancengleichheit für Frauen und Männer – ohne jede Geschlechterbevorzugung auf beiden Seiten.

Die Männerpartei fordert, dass die Verantwortlichen für die jahrelange Benachteiligung von Männern in Wien die Konsequenzen tragen: Wer in seiner Funktion bewusst Männer diskriminiert hat, auch unter dem Vorwand der Quotenerreichung, soll über Gleichbehandlungsstellen nach allen zur Verfügung stehenden Regeln belangt werden.

Zu diesem Zweck sind Gleichbehandlungsstellen und die Gleichbehandlungsanwaltschaft zu reformieren: Personelle Neubesetzung mit guten Kräften, welche die Benachteiligung von Männern erkennen und dagegen handeln wollen und gerechte Regularien für die Gleichbehandlungsstellen sind im Sinne wahrer Gerechtigkeit notwendig.

Gerechtigkeit an Universitäten

Die Universitätsstadt Wien schuldet ihren Studenten und Studienanwärtern Chancengleichheit. Anstatt in „Gender-Studies“ zu versuchen, Männern und Frauen krude Ideologien einzubläuen und alles Männliche als Feindbild darzustellen, sollen die Universitäten zu ihren Idealen zurückfinden. Die Männerpartei fordert:

- Stopp jeglicher Bevorzugung von weiblichen Bewerberinnen und Benachteiligung von Männern für jede Universitätsstelle. Die Männerpartei lehnt jedwede Ausprägung einer Frauen- oder Männerquote ab.
- Neuorganisation der Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen, ohne Verbindung mit Stellen wie „Genderkompetenz“, und Aufarbeitung sowie Sanktionierung sämtlicher Diskriminierungen von Männern an den Universitäten.

Die Männerpartei fordert Chancengleichheit statt Quote, denn nichts ist einfacher als Gerechtigkeit.

Wien: Stadt des Wissens

Bildung als Chance für alle Wiener

Bildung ist der Grundstein für die Zukunft der Menschen. Wer auf dem Rücken unseres Bildungssystems politische Grabenkämpfe austrägt, der nimmt dies auf dem Rücken der jungen Menschen in Wien vor.

Lebenslange Bildung als Zukunftssicherung

Weiterbildung oder Umschulung werden zunehmend wichtiger. Der zweite Bildungsweg ist daher auszubauen. Die Stadt Wien kann dies erreichen, indem sie

- das Aus- und Weiterbildungssystem stärker auf Berufstätige ausrichtet,
- Arbeitsstipendien für den zweiten Bildungsweg einführt und
- gleichzeitig Teilzeitbeschäftigungen für die nötige Zeit für die Weiterbildung, gemeinsam mit der Wirtschaft, nach Kräften fördert.

Chancengleichheit in der Bildung

Alle Schüler brauchen gleiche Chancen! Buben werden zunehmend Bildungsverlierer, Kinder aus sozial schwachen Schichten bleiben ebenso im Rückstand. Die Landesregierung soll sich diesen Rückständen annehmen und die Ursachen wertfrei untersuchen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Objektivität der Beurteilungen in unseren Schulen, denn die Zentralmatura hat jüngst bewiesen: Buben erhalten bessere Noten, wenn objektive Beurteilungskriterien angewandt werden. Daraus lässt sich klar folgern, dass Buben im gewöhnlichen Schulbetrieb bei gleicher Leistung schlechter bewertet werden.

Klare Sprache statt Genderchaos

Lesestärke ist die erste Grundlage zukunftsfähiger Bildung. Auf Kosten der Förderung der Lesequalitäten unserer Kinder sind keine Kompromisse gestattet.

Die zunehmende Gendersprache schadet dem Erwerb der Lesequalitäten unserer Kinder. Texte wie „Eine/r ist Zuhörer/in, der /die andere ist Vorleser/in. Eine/r liest den Abschnitt vor, der/die Zuhörer/in fasst das Gehörte zusammen. Der/die Vorleser/in muss angeben, ob die Zusammenfassung richtig war.“ sind selbst für Erwachsene schwer lesbar. Die Männerpartei erklärt es im Namen der Zukunft unserer Kinder zum Programm, die Schüler vor dieser Sprachverwirrung und Bildungserschweris zu verschonen.

Universitäten, Wissenschaft und Forschung

Internationale Vergleiche beweisen: Wiens Universitäten geraten in Gefahr, ihren Rang zu verlieren.

Wissenschaft und Forschung in Wien werden durch die radikale Beschneidung des Leistungsprinzips massiv gebremst, einerseits durch die ständig präsenten politischen Einflussnahmen und andererseits durch leistungsfeindliche Geschlechterquoten, welche immer radikaler um sich greifen, den Leistungswillen von Männern zunehmend brechen und die Motivation von Frauen auf objektive Leistung sicher nicht fördern, denn sie vermitteln: Vorwärtskommen hat nichts mit Leistung zu tun, sondern mit Geschlecht und Quote.

Weniger politische Einflussnahme:

Die Männerpartei fordert die Änderung der Besetzung der Universitätsräte allein durch Senatsmitglieder und nicht stimmberechtigte Beobachter der Bundesregierung, um politische Einflussnahme zu reduzieren.

Abschaffung der Quote:

Die Forderung der Männerpartei nach Chancengleichheit ist für Wiens Wissenschaft und Forschung allmählich überlebenswichtig, denn wer Quote will, schadet unserer Wissenschaft massiv. An der Forderung der Männerpartei, der Abschaffung aller Geschlechterquoten, führt kein Weg vorbei!

Soziales und Wohnen

Wohnpolitik

Die Männerpartei bekennt sich zu leistbaren Wohnungen für alle Wiener. Der gemeinnützige Wohnbau ist in der Bundeshauptstadt unersetzlich.

Die Vergabe von Gemeindewohnungen soll überprüfbar, transparent, nach gesicherten objektiven Kriterien, doch ohne Einfluss von Parteien oder Beziehungen, erfolgen.

Mieterschutz

Guter Mieterschutz bedeutet für die Männerpartei, dass Menschen in der Lage sind, ihren Lebensmittelpunkt verlässlich zu planen und zu gestalten, doch dabei nicht aus dem Auge zu verlieren, dass die Rechte kleiner Wohnungseigentümer gewahrt bleiben und ausreichend Anreiz besteht, ihr Eigentum auf dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Gemeinsames Wohnen mit verschiedenen Kulturen

Missverständnis ist die Basis von Konflikten. Jeder Bewohner einer Wohngemeinschaft ist aufgefordert, die Hausordnung zu kennen, zu akzeptieren und mit seiner Unterschrift zu bestätigen. Besonders für fremdsprachige Mitbewohner sind Hausordnungen in deren Sprache zu verfassen, welche sie auf diese Weise missverständnisfrei lesen und bestätigen können, damit unser Zusammenleben besser wird.

Unterstützung fair für Väter und Mütter

Besondere Rücksicht soll die Wiener Wohnpolitik auf die bisher vernachlässigte Lebenssituation von Vätern legen: Der Platzbedarf für Kinder ist in die Vergabekriterien einzuberechnen. Der Kontakt vieler Kinder und Väter leidet dadurch, dass dem Vater zu wenig Wohnraum für ausgedehnte Zeit des Beisammenseins fehlt, denn der Wohnbedarf eines Kindes, das nicht ständig beim Vater wohnt, wird

nicht in die Vergabekriterien einbezogen. Die Männerpartei fordert, dass die Wiener Wohnpolitik den Platz der Kinder bei beiden Eltern als Grundvoraussetzung betrachtet.

Gemeinwohl: Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

Miteinander für das Gemeinwohl

Die Männerpartei fasst Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unter dem Begriff Gemeinwohl zusammen, denn das getrennte Politisieren anderer Parteien im Wirtschafts-, Finanz- und Sozialbereich ohne gesamtheitlichen Ansatz dient nur der Wählertäuschung:

Die jetzige Politik verspricht den Wählern Unhaltbares auf Kosten der jeweils anderen: Die Wirtschaftspolitiker sichern der Wirtschaft Vorteile auf Kosten der kleinen Leute zu, die Finanzpolitiker verschweigen den Wählern die nächste Abgabenerhöhung und versprechen gleichzeitig Steuersenkungen, die Sozialpolitiker versprechen den Hilfsbedürftigen Geld, das sie auf Kosten der Wirtschaft und der Steuerzahler holen wollen. Alle diese Klientelpolitiker versprechen verschiedenen Gruppen jeweils das Blaue vom Himmel, das sich gegenseitig widerspricht, doch der Skandal ist: Sie befinden sich alle in denselben Parteien, die um Ihre Stimme werben!

Gemeinwohl bedeutet, miteinander Zukunft zu gestalten, statt gegenseitig auf Vorteile zu hoffen.

Gemeinwohl bedeutet, dass jeder fair seinen Beitrag leistet. Dazu benötigen wir zuallererst eine neue Identifikation der Menschen mit dem Gemeinwohl.

Gemeinwohl bedeutet, dass unterschiedliche Rentenalter anzugleichen sind, damit seinen fairen Beitrag leisten kann. Gemeinwohl bedeutet, dass niemand mehr ohne Gegenleistung vom Unterhalt eines anderen lebt oder vom Unterhalt der Kinder mitlebt, sondern selbst seinen gerechten Beitrag leistet.

Gemeinwohl bedeutet, jedem Menschen die Chance, den Willen und die Aufgabe zu geben, seinen Beitrag zu leisten: Durch seine eigene Existenzabsicherung, womit sich automatisch der faire Beitrag möglichst Vieler zu unserem Steuer-, Sozial-, Gesundheits- und Pensionssystem ergibt, denn:

- Unsere Steuersätze sind zu hoch, sie könnten reduziert werden bei höheren Gesamteinnahmen – wenn alle an einem Strang ziehen.
- Unser Gesundheitssystem braucht keine höheren Beiträge der Menschen oder radikale Einsparungen. Es braucht einfach mehr Beitragszahler, um das Gesundheitssystem nachhaltig zu finanzieren.
- Unser Rentensystem ist nicht verloren, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten.

Das ungerechtfertigte „sich versorgen lassen“ durch Andere, besonders im Falle ungerechter Unterhaltszahlungen, ist nicht nur gegenüber dem Unterhaltszahler unfair, sondern gegenüber uns allen: Wer sich ohne Recht erhalten lässt, verweigert auch dem Gemeinwohl, den Staats- und Landesfinanzen, dem Sozial- und Gesundheitssystem und den Pensionsversicherungen seinen Beitrag und schadet somit uns allen.

Daher ist das Ziel der Eigenversorgung ein Ziel wahrer Gemeinwohlpolitik, ebenso wie die Abschaffung alter Ungleichheiten wie beim Pensionsantrittsalter.

Gesundheit und Lebensqualität

Das Ende der einseitigen Versorgerrolle

Wenn sich Paare einvernehmlich für Arbeitsteilung entscheiden, erleben viele auf diese Weise eine harmonische, lange Partnerschaft. Doch für immer mehr Männer wird die einmal freiwillig gewählte Versorgerrolle zur Falle: Es darf nicht sein, dass Menschen lebenslang dazu verpflichtet werden, einen anderen Menschen zu erhalten, der selbst arbeiten könnte. Es darf nicht sein, dass der Versorger seinen Teil einer Abmachung lebenslang unter Zwang zu erfüllen hat, wenn der andere Teil nicht eingehalten wurde oder wird. Die Realität ist: Wenn eine Frau sich mit 40 scheiden lässt, muss sie nie wieder arbeiten. Sie darf lebenslang vom Geld des Mannes erhalten werden, das hat der OGH so entschieden. Die Politik weiß das, doch sie handelt nicht.

Der Zwang zur Versorgerrolle bringt viele Männer in die Ausweglosigkeit: Neue Lebensplanungen, die Freude an der eigenen Arbeit und der Antrieb zum Verdienst sind dahin. Wer arbeitet noch mit Freude, wenn er selbst nichts mehr davon hat?

Die Männerpartei fordert für die Lebensqualität der Menschen: Die Versorgerrolle ist sofort zu begrenzen: Auf tatsächlich erbrachte Gegenleistung des Partners und um die Forderung nach fairem Eigenerwerb beider ergänzt.

Eine Balance zwischen Arbeit und Leben

Wiens Menschen erbringen besonders gerne Leistungen, wenn diese Leistungserbringung in Harmonie mit ihrem Privatleben stehen kann. Diese wichtige Balance zwischen Beruf und Privatleben ist nachhaltig sicherzustellen. Die Männerpartei fordert für Alle den gerechten Lohn für die eigene Leistung, die Unterstützung von Menschen mit hoher Berufsbelastung und die Förderung von 70-80%-Teilzeitmodellen für Männer und Frauen von Anfang an. Die gewonnene Freizeit soll Menschen in die Möglichkeit versetzen, sich ständig weiterzubilden und damit ihre Zukunft zu sichern. Bei Erfolg im zweiten Bildungsweg sind den Menschen Bildungsstipendien zu gestatten, welche ihnen den Verdienstaussgleich zur Vollzeitarbeit ermöglichen. Staat und Länder erhalten diese Gelder langfristig über Umwegrentabilität zurück, denn gut fortgebildete Menschen sorgen für höheres Steueraufkommen und geringere Arbeitslosigkeit.

Menschen, die zusammenleben, sind besonders dabei zu unterstützen, so dass die Belastung der Versorgerrolle nicht auf eine Person abgewälzt wird. Durch partizipative Aufteilung der Erwerbsarbeit, ebenfalls im Rahmen der 70-80% zur jetzigen Normalarbeitszeit, gewinnen die Menschen Zeit für Familie. Die Summe der Arbeitszeiten beider Partner bleibt dadurch unverändert, doch durch die gleiche Aufteilung gewinnen beide Partner Lebensqualität, Sicherheit und notfalls Unabhängigkeit.

Förderung für die fairen Menschen, statt Egoismen zu unterstützen

Leider werden aktuell Menschen nur dann besonders gefördert, wenn sie sich im Streit oder „kalten Krieg“ befinden. Mütter, die sich Engagement und Zeit für die Kinder mit Vätern fair teilen, haben heutzutage das Nachsehen gegenüber Vaterentfremderinnen, welche das Kind lieber in den Hort stecken als es zu Vater oder Großeltern zu geben. Diese Förderung des Gegeneinanders ist sofort umzukehren:

Wer miteinander Zukunft und Familie gestaltet, ist zu fördern und damit zu belohnen.

Gesundheit und Bewusstsein fördern

Die seelische und körperliche Gesundheit ist unser höchstes Gut. Die Landespolitik soll sich daher mit der Gesundheit der Menschen mindestens ebenso intensiv wie mit Geld befassen. Vorsorge ist dabei als beste und günstigste Gesundheitspolitik zu bevorzugen.

Gesundheitsvorsorge, besonders durch bessere Prävention an den Arbeitsplätzen, auch über die direkte Berufstätigkeit hinausblickend, und durch volksnahe Angebote und Ausrichtungen psychosomatischer Ansätze sowie die Umstellung des Gesundheitssystems im Sinne einer besseren zeitlichen Zugänglichkeit für Berufstätige sind die obersten Ziele.

Spezifische Ausrichtungen dürfen keine ideologischen Blindflecken mehr aufweisen. Die kürzere Lebenserwartung und die 3-4 Mal höhere Selbstmordrate der Männer sind ein Alarmsignal: Die Politik darf sich auch einmal mit den Sorgen der Männer befassen. Die Furcht, dabei die „Büchse der Pandora“ zu öffnen und aufzudecken, welche verheerenden Folgen unser Familienrecht auch auf Wohl und Gesundheit der Männer in Wien hat, mag eine Furcht der Missstände zudeckenden Parteipolitik sein, doch auch im gesundheitspolitischen Hinblick fordert die Männerpartei den Mut zur Wahrheit: Täglich werden Menschen in ihrer Lebensfreude und Gesundheit massiv geschädigt, mit Unterstützung der Politik.

Unversehrtheit der Kinder als Pflicht Wiener Gesundheitspolitik

Traditionen, ob religiös oder kulturell, unterliegen stetigem Wandel. Im 21. Jahrhundert darf die Politik mit fremden Kulturen und Religionen auf der Basis moderner Aufgeschlossenheit reden.

Alte Traditionen sind dem modernen Recht des Menschen auf körperliche Unversehrtheit gegenüberzustellen, denn für jede Tradition finden sich Vertreter, welche sich auf den wesentlichen Kern der Rituale besinnen und in der Ausführung kompromissbereit sind. In diesem Sinne sind für Traditionen wie die Beschneidung von Kindern gemeinsam mit den Traditionsträgern Ersatzrituale zu finden, welche einer modernen Gesundheitspolitik Rechnung tragen.

Generationen: Jugend, Senioren

Wir sind überzeugt: Die Wiener Jugend will sich stärker in das Gemeinwesen und politische Vorgänge einbringen, doch die etablierte Politik spricht die falsche Sprache für unsere jungen Menschen und zeigt zu wenig Offenheit für die Lebenswelten unserer Jugend.

Das Programm der Männerpartei beinhaltet die Belebung der selbstgestalteten politischen Diskussion der Jugendlichen in offenen, ansprechenden Foren und von der Stadt eingerichteten offenen Jugendgremien. Diese Veranstaltungen sollen als Anreiz für junge Menschen in Verbindung mit Geselligkeit und gemeinsamer Aktivität gestaltet werden, beispielsweise mit Partyumrahmung oder in Freizeitparks.

Senioren wünschen sich von der Wiener Stadtregierung Sicherheit. Die Sicherheit der Pensionen braucht vor allem den Mut zur Reform. Dieser Mut fehlt den Nationalratsparteien ebenso wie den Landtagsparteien. Eine Wiener Landespolitik, der die Pensionssicherheit wirklich wichtig ist, soll im Bund die nötigen Reformen verlangen:

- Die Benachteiligung von Männern durch späteres Rentenantrittsalter ist eine europaweite Peinlichkeit für Österreich. Die sofortige Angleichung des Antrittsalters von Männern und Frauen ist
Ausgabe vom August 2015

nicht nur eine Pflicht der Gerechtigkeit gegenüber, sondern ebenso ein wichtiger Beitrag für die Pensionssicherheit.

- Ein Antrittskorridor zwischen 60 und 70 Jahren für alle mit moderaten Abschlägen bei frühem Antritt gibt Menschen Wahlfreiheit und schafft uns mehr Beitragszahler, welche unser Pensionssystem stützen.
- Smarte Teilzeit mit unterbrechungsfreier Berufstätigkeit statt langer Karenz oder der Versorgung zweier Partner durch einen Berufstätigen bedeutet auch für unsere Pensionen: Die Anzahl der Beitragszahler steigt.
- Die Auswirkungen des Ehegattenunterhalts auf unser Pensionssystem sind verheerend: Viele Unterhaltsbezieherinnen verzichten auf Berufstätigkeit und damit darauf, ihren eigenen finanziellen Beitrag für unsere Rentenkassen zu leisten, weil sie durch den Ehegattenunterhalt keine Berufstätigkeit mehr nötig haben. Doch nicht nur der Unterhaltszahler, wir alle bezahlen über die fehlenden Sozialversicherungsbeiträge arbeitsfähiger Menschen die Rechnung. Daher ist der Ehegattenunterhalt schon als Beitrag zur Rettung unserer Pensionskassen und Versicherungen nach Möglichkeit entweder zu streichen oder zeitlich auf ein Minimum zu reduzieren.

Integration und Asyl

Wir stehen wertschätzend allen Menschen gegenüber, selbstverständlich auch, wenn sie aus anderen Kulturen stammen.

In der Asylpolitik wollen wir die Armut bekämpfen, doch wir lehnen eine Politik von Parteien ab, welche die Armen selbst statt deren Armut bekämpfen will.

Asylsuchende brauchen Schutz und Hilfe, zu diesem humanitären Ziel bekennt sich die Männerpartei. Doch für jede demokratische Partei gilt es, den Willen des Volkes zu akzeptieren, und die Erfahrung zeigt: Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung wird durch eine zu hohe Zahl von Asylsuchenden oder Zuwanderung überfordert.

Daher stellt für uns das erste Ziel guter Asyl- und Integrationspolitik dar, den Bürgern die Notlage der Zuwanderer so zu vermitteln, dass sie sich mit guter Hilfe identifizieren, und gleichzeitig den Zuwanderern zu vermitteln, dass die Hilfsbereitschaft der Menschen in Österreich nicht überfordert werden kann.

Gemeinsame Projekte statt isolierter Hoffnungslosigkeit

Ein Grundfehler des Asylkonzepts in Österreich ist, Flüchtlinge zu Beschäftigungslosigkeit zu zwingen. Ohne den Arbeitsmarkt zu berühren, kann und soll den Schutzsuchenden daher Ziel und Inhalt durch gemeinsame Projekte vermittelt werden. Asylsuchende sollen daher die Möglichkeit erhalten, gemeinsam und unter guter Moderation mit der umliegenden Bevölkerung Projekte festzulegen, welche zum Wohl und Nutzen aller Beteiligten sind.

Staaten und Staatenbünde in die Verantwortung nehmen

Damit notleidenden Menschen besonders dann geholfen wird, wenn sie in großer Zahl um Aufnahme bitten, dürfen die Probleme nicht von oben auf einzelne Regionen abgeschoben werden. Solidarität bedeutet nicht, dass von den einfachen Bürgern die Hilfe erwartet werden soll, welche die großen Staaten und Staatenbünde nicht zu leisten imstande oder Willens sind. Daher sollen der Bund, die EU und die internationale Staatengemeinschaft in die Verantwortung gezogen werden, denn:

- Wirtschaftsflüchtlinge werden sich nicht auf den Weg machen, wenn sie zuhause eine Chance auf eine lebenswerte Zukunft sehen können. Daher brauchen arme Länder einen internationalen Marshallplan, eine strukturierte Hilfe zur Selbsthilfe.

- Politische Flüchtlinge wollen einfach einen Platz finden, an dem sie sicher leben können. Nur gute, gemeinsame Außenpolitik statt chaotischer EU-Diplomatie oder Machtinteressen von Großmächten in fremden Ländern können Menschen diese Sicherheit geben, welche ihnen die Flucht erspart.

Die Stadt Wien hat vom Bund, der EU und der Staatengemeinschaft daher eine nachhaltige Lösung zu fordern, welche die Bürger der Stadt akzeptieren können.

Sicherheit

Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Zuvorderst steht der Schutz der Menschen vor Gewalt. Doch Gewaltschutz entwickelt sich eindimensional: Während häusliche Gewalt vorbildlich thematisiert und der Schutz dagegen intensiv entwickelt wurde, scheint die Wiener Politik zahlreiche Formen der Gewalt zu vergessen:

Alltägliche Gewalt: Gewaltprävention beginnt in der Familie und wird in der Schule weiterentwickelt. Während die heutige Politik das Chaos in den Familien verantwortet und der Gewaltbereitschaft damit sogar den Boden bereitet, kommt die besonders wichtige Entwicklung sozialer Kompetenzen in der Schule ebenso zu kurz. Die Männerpartei fordert zusätzlich zu endlich gerechter Familienpolitik das intensive Fördern des sozialen Lernens in den Schulen.

Staatsgewalt: Die Leitung von Justiz und Exekutive gibt naturgemäß ungenügende Fehler zu. Doch auch diese geschehen. Wer zu Unrecht Opfer der Staatsgewalt wird, ist ebenso ein Gewaltopfer.

Seelische Gewalt: Die meisten Formen seelischer Gewalt sind straffrei oder praktisch folgenlos. Das ständige Androhen eines Partners, ihn durch Scheidung oder Kindesentzug fertigzumachen, oft der Anfang der Spirale häuslicher Gewalt, aber auch Kontaktverweigerung, Vaterentfremdung, Vaterschaftsbetrug oder lebenslange Ausbeutung sind schwere seelische Gewalttaten. Aus Sicht der Gewaltprävention sind sie aus zwei Aspekten zu berücksichtigen: Als zu bekämpfende Gewalt und als Ursache von weiterer Gewalt.

Alle Formen dieser Gewalt sind komplett in der Gewaltstatistik zu erfassen und vollständig in den Gewaltschutz zu integrieren. Der Gewaltschutz der Zukunft geht also gegen staatliche Willkür, Kontaktverweigerung und häusliche Gewalt gleichermaßen konsequent vor. Zu diesem Zweck soll sich die Stadt Wien für passende Strafbestimmungen im Bundesgesetz einsetzen.

Verkehr und Stadtentwicklung

Unser Wien soll gesund wachsen. Wir befürworten gut geplante Stadtentwicklungsprojekte und fordern dabei direktdemokratischen Einbezug der Bevölkerung in den betroffenen und bei Notwendigkeit den angrenzenden Bezirken. Wir fordern Transparenz bei richtungsweisenden Entscheidungen zu Raum- und Verkehrsplanung und der Stadtentwicklung.

Umwelt und Energiepolitik

Die Männerpartei nennt Nachhaltigkeit als einen ihrer Grundwerte. Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik bedeutet, Energierückgewinnung und effiziente Energieumsetzung zu stärken. Erneuerbare Energien sollen für die Zukunft selbstverständlich sein.

Der Ausbau zuverlässiger, effizienter leitungsgebundener Energieversorgungen wie Fernwärme als Ersatz für einzelne Heizungen in Wohnungen und Häusern ist für ein ökologisches und energieeffizientes Wien sinnvoll. Geförderte Wohnraumsanierung erhöht die Energieeffizienz unserer Stadt.

Im Wiener Stadtverkehr sind Vergünstigungen für moderne, umweltfreundliche Antriebstechnologien zu unterstützen: Für Elektroautos sind ausreichend Ladestationen und Parkplätze zu schaffen, Erdgas- und Hybridantriebe sind für Linienbusse eine zeitgemäße Lösung.

Kultur

Wien ist die Hauptstadt der Künste. In keiner Stadt der Welt sind die Menschen so kulturbegierter wie in Wien. Die Wiener Tourismusbranche weiß um den hohen wirtschaftlichen Wert, den der Weltrang Wiens als Kulturstadt für unsere Wirtschaft bedeutet.

Eine Kulturstadt lebt von der Kunstfreudigkeit ihrer Bürger. Daher sind wir davon überzeugt, dass Wien eine Kulturförderung für das direkte Kunstschaffen der Menschen braucht. Statt Förderungen bevorzugt für die Avantgarde zu verteilen oder hauptsächlich mit Geldbeträgen Mittel an Wenige zu verteilen, bevorzugt wir Kulturförderung an der Basis.

Sach- statt Geldförderungen

Förderung von Kunst und Kultur soll den Menschen selbstständiges, kreatives Gestalten ermöglichen. Dies wird am besten erreicht, indem wir Sachleistungen für kunstbegeisterte Wiener verstärken. Wir wollen Kulturzentren zum Mitmachen. Diese beinhalten geeignete Räumlichkeiten und Ausrüstungen für verschiedene Disziplinen, beispielsweise von Musik über Film, Tanz und Schauspiel, und werden von Künstlern und Kunstlehrern betrieben, welche im Sinne von Mentoren den Hobbykünstlern Anregungen und Wissen vermitteln, um Ihnen Freude an der selbstgeschaffenen Kunst durch Impulse und Weiterentwicklung zu vermitteln.

Demokratische Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung

Direkte Demokratie

Länder und Regionen, welche ihren Bürgern direktdemokratische Mitbestimmung bieten, weisen mit der Politik zufriedener Bürger auf, welche sich mit den getroffenen Entscheidungen identifizieren und diese mittragen.

Die Männerpartei fordert die Einführung der Instrumente direkter Demokratie in Wien. Volksabstimmungen sollen unbürokratisch und mit einer machbaren Anzahl an Unterstützern gestartet werden können. Landesgesetze sollen durch niedrighschwellige Ablehnungsinitiativen auf den Volkswillen überprüft werden können. Volksabstimmungen und Initiativen sind in geeigneten Abständen zusammenzufassen und die Bevölkerung vor der Abstimmung mittels Broschüren mit den Argumenten von Befürwortern und Gegnern ausgewogen zu informieren.